

Empirische Sozialforschung: von der Schwierigkeit die Wahrheit zu sagen: illustriert mit Beispielen aus der Transformationsforschung und der Stadtsoziologie (Halle/ Saale)

Sahner, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sahner, H. (2005). Empirische Sozialforschung: von der Schwierigkeit die Wahrheit zu sagen: illustriert mit Beispielen aus der Transformationsforschung und der Stadtsoziologie (Halle/ Saale). *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 57, 6-27. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-198494>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Empirische Sozialforschung: Von der Schwierigkeit die Wahrheit zu sagen – Illustriert mit Beispielen aus der Transformations- forschung und der Stadtsoziologie (Halle/Saale)¹

von Heinz Sahner²

Es geht also um die Schwierigkeit, die Wahrheit zu sagen. Verbaut man sich aber durch einen Lokalpatriotismus, wie er bei mir zu vermuten ist, nicht die Möglichkeit, die Wahrheit zu sagen? Wahrheit in einem ganz konventionellen Sinne? Im Sinne von *Tarski* – einer Korrespondenz zwischen Aussage und Wirklichkeit? Die Gefahr besteht zweifellos, sie hält sich aber in Grenzen. Werde ich doch kontrolliert, nicht nur, weil das Lehrbuch es so fordert, durch eine kritisch kontrollierende Kollegenschaft und eine Öffentlichkeit, die mir sozusagen über die Schulter schaut. Ein Appell an sich selbst, schön objektiv zu sein, reicht allein nicht aus. Man muss immer gewärtig sein, dass im kritischen Diskurs, die eigenen Aussagen anhand der Daten, die ja für Dritte verfügbar sein sollen³, kontrolliert werden.

Die Annahme einer funktionierenden kritischen scientific community ist freilich sehr heroisch – und tatsächlich funktioniert sie ja höchst unvollkommen (*Sahner* 1978, 1979, 1982). Aber immerhin bietet eine empirische Sozialforschung noch eine vergleichsweise gute Voraussetzung für eine intersubjektive Überprüfbarkeit der Aussagen. Und allein diese Möglichkeit, rät dem Forscher zur Vorsicht.

Diese ist auch in starkem Maße geboten. Denn die Verführungsmöglichkeiten, sich selbst auf den Leim zu gehen, sind groß. So bietet nicht nur eine Umfrage vielfältige

1 Abschiedsvorlesung, gehalten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am 5. Mai 2004.

2 Dr. *Heinz Sahner* war bis zu seiner Emeritierung im März 2004 Professor für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

3 Umfragedaten, die ich im folgenden verwende, stehen im Zentralarchiv der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung: ALLBUS-Daten (verwendet wurden folgende ALLBUS-Daten: 1991 (Basisumfrage) 1992/94/96/98/00/02 ZA-Studien-Nr.: 1795) und Daten der Bürgerumfragen aus Halle/Saale (ZA-Studien-Nrn.: 3391-3395, 3607).

Möglichkeiten der Manipulation, der einseitigen und selektiven Darstellung. Bestimmte Ergebnisse können gefördert werden durch Frageformulierungen, Auswahl der Indikatoren, Stellung im Fragebogen etc. Eine Fülle von Untersuchungen liefert Anschauungsmaterial hierzu.

Aber die Schwierigkeiten, Wahrheit im Sinne der Korrespondenztheorie zu begründen, sind ja noch viel komplexer. Sie liegen nicht nur in der Person des Forschers und des sozialen Bereiches und in den dort wirkenden Mechanismen begründet, also – um mit **Reichenbach** (vgl. auch **Albert** 1968: 37) zu sprechen – im Entdeckungszusammenhang und Wirkungszusammenhang, sondern auch im Begründungszusammenhang.

Belege für die Schwierigkeiten im Fach sind die zahlreichen Diskussionen und harten Auseinandersetzungen in der Vergangenheit, in denen es um das Selbstverständnis einer Disziplin ging. Der Positivismusstreit der sechziger Jahre in Westdeutschland und die augenblickliche Diskussion um die quantitative und qualitative Sozialforschung liefern Anschauungsmaterial dafür.

Nun möchte ich nicht in eine wissenschaftstheoretische Diskussion eintreten, so interessant das sein mag. Aber so viel ist sicher: Unumstößliche Gewissheiten, vielleicht sogar historische Gesetzmäßigkeiten, kann mein Wissenschaftsprogramm nicht liefern. Die Aussagen bleiben latent ungewiss. Denn bei dem Versuch, die Gültigkeit von Aussagen (auch von so genannten Basisätzen), empirisch zu beweisen, gerät man in Schwierigkeiten, in ein Trilemma. Es gibt drei prinzipielle Lösungen, Sätze zu begründen (**Popper** 1973: 60). Entweder man führt die Gültigkeit von Sätzen dogmatisch ein (1), oder (2) man lässt sich auf einen infiniten Regress ein, man versucht einen Satz durch einen weiteren zu begründen.

Die erste Lösung ist nicht akzeptabel und die zweite ist nicht praktikabel. Was tun? Vor dem Hintergrund dieser Probleme vollzieht **Popper** eine konventionalistische Wende. Er verlagert den Beschluss in eine Wissenschaftlergemeinschaft und setzt auf eine methodisch geregelte Bewährung (**Popper** 1973: 74; vgl. auch **Albert** 1968: 11ff). Er ist sich der Probleme durchaus bewusst. Eine wichtige Voraussetzung für diesen geregelten Prozess ist die intersubjektive Überprüfbarkeit, die in einer empirischen Wissenschaft noch vergleichsweise gut möglich ist. Aufgrund dieser diskursiven Lösung von **Popper** müsste es ihm heute ein Leichtes sein, ein Gespräch mit **Habermas** III zu führen. Es bleibt aber dabei, die so begründeten Sätze bleiben latent ungewiss. Der Satz „Hier steht ein Glas Wasser“ kann eben durch keine Erlebnisse verifiziert werden, wie die Vertreter des Wiener Kreises noch geglaubt hatten. Diese prinzipielle Unbegründbarkeit gilt übrigens auch für die

Naturwissenschaft, wie **Popper** auf der logischen Ebene und Kuhn anhand von Beispielen überzeugend nachgewiesen haben. Nur kann man sich in den Naturwissenschaften aufgrund verschiedener anderer Bedingungen eher auf die Gültigkeit eines Satzes einigen. Oder sie können sich eher darauf einigen, dass bestimmte Sätze keinen empirischen Gehalt haben und deshalb auszuschneiden sind, wie z. B. der Satz „Auf dieser Kulispitze haben sieben Engel Platz.“ In bestimmten Disziplinen glaubte man lange Zeit, sie zählen zu können, die Engel.

Dass die Beschlussfindung über die Gültigkeit von Sätzen explizit in einen sozialen Kontext verlagert wird, für die all die Mechanismen gelten, die man u. a. zu untersuchen angetreten ist, hat die Wissenschaftlergemeinschaft im Zuge der Untersuchungen von **Kuhn** und **Feyerabend** und **Lakatos** und der daraus resultierenden Diskussionen noch einmal grundlegend verunsichert. Die entscheidenden Fragen hat jedoch **Popper** schon 1934 und in den Anmerkungen zu Neuauflagen der Logik der Forschung beantwortet. Mit der Schwierigkeit, Basissätze empirisch zu begründen, entfällt übrigens auch die Asymmetrie zwischen Verifikation und Falsifikation auf empirischer Ebene (nicht auf logischer). Aus den genannten Gründen würde ich mich auch nicht als Positivist, sondern als Rationalist bezeichnen oder eben mit **Popper** als „Kritischer Rationalist“.

Eine derartige Wissenschaft, in der über die Gültigkeit von Thesen in einem freundlichkritischen Diskurs entschieden werden kann, stellt natürlich einige wichtige Bedingungen an die Gesellschaft: Liberalität, Freiheit, Pluralität, niedrige Marktzugangsschranken etc. sind wichtige Randbedingungen. Die verbleibende Unsicherheit, die einem auch Bescheidenheit abverlangt, ist mir lieber als die dogmatische Einführung von Sätzen, sei es durch den heiligen Stuhl oder das Politbüro.

Eine empirisch orientierte Soziologie kommt aber noch aus einem anderen Grund recht bescheiden daher. Denn durch das Kriterium der empirischen Überprüfbarkeit kettet sich diese Wissenschaft in starkem Maße an die bestehenden Verhältnisse. Es sind nämlich nur solche Sätze (Thesen, Theorien) erlaubt, die an der Wirklichkeit scheitern können, also an dem, was ist. Und aus dem was ist, so etwa schon **Max Weber** (2002), kann nicht abgeleitet werden, was sein soll. Und damit, so wiederum **Wittgenstein** (1922), bleiben die drängendsten Lebensprobleme ungelöst. Was ist eine gerechte Gesellschaft? Wohin soll sich Gesellschaft entwickeln? – usw. usw. Mit einer solchen Form von Wissenschaft kann ich keine Werturteile, keine Sollsätze begründen – geschweige denn historische Gesetzmäßigkeiten entwickeln.

Was manche als Nachteil ansehen, so z. B. **Jürgen Habermas** (1964) mit seinem Vorwurf, dass es sich bei dem hier propagierten Forschungsprogramm um einen

„positivistisch halbierten Rationalismus“ handelt, weil nämlich die Ziele der Gesellschaft der Irrationalität preisgegeben werden, das sehen viele als Vorteil an. Die Entwicklung der Gesellschaft bleibt nach diesem Wissenschaftsverständnis offen. Endzeitgewissheit und historische Gesetzmäßigkeiten haben sich bisher immer als Zwangsjacken erwiesen. Entscheidungen darüber, was eine gerechte Gesellschaft sei, wird in die dafür legitimierten Gremien verwiesen bzw. in die Gesellschaft überhaupt.

Mittlerweile hat man sich in den Sozialwissenschaften damit abgefunden, dass man mit der Unsicherheit leben muss. Eherne Gesetzmäßigkeiten werden eigentlich heute nicht mehr formuliert.

Zwar ist eine so verstandene Soziologie nicht ohne Probleme, aber auch nicht ohne Biss. Ohne Probleme schon deshalb nicht, weil sie sowohl als Legitimierungsinstrument wie auch als Politikersatz (z.B.: ausrichten am Polit-Barometer) missbraucht werden kann (**Sahner** 1994). Das heißt, der Sozialwissenschaftler muss häufig genug mit ansehen, dass seine Ergebnisse schamlos missbraucht werden. Er hat wenig Möglichkeiten, die sachgemäße Verwendung seiner Daten zu kontrollieren.

Die Alltagserfahrung zeigt, dass das Misstrauen gegenüber Umfragedaten in aller Regel größer ist als gegenüber Daten der amtlichen Statistik bzw. gegenüber sogenannten prozessproduzierten Daten, Daten die durch Verwaltungshandeln geschaffen werden (z. B. Daten über den Umfang der Sozialhilfe in einer Stadt, Daten der Bundesagentur für Arbeit z. B. über Arbeitslosigkeit usw.). Dabei wird meist vollkommen vergessen, dass auch die Daten des Statistischen Bundesamtes häufig durch Befragung gewonnen werden. Doch auch bei anderer Datengenese besteht die Gefahr der Manipulation. Gut dokumentiert ist z. B. der Fall, wonach die Außenhandelsstatistik der DDR durch Intervention von **Günter Mittag** verändert worden ist. Ein Exportüberschuss von 521 Mio. VM wurde von diesem nicht genehmigt. In den Unterlagen hat sich noch folgender Aktenvermerk gefunden: „Entsprechend einer Mitteilung von Gen. Dr. **Mittag** ist ein Exportüberschuss von 910 Mio. VM auszuweisen“ (Stat. Bundesamt 1999: 44).

Aber man muss gar nicht auf die DDR zurückgreifen. Auch heute lohnt es sich zu prüfen, wie Statistiken zustande kommen. Man kann sie vielleicht nicht so einfach durch eine Anweisung verändern, aber doch z. B. durch definitorische Tricks. Man erinnere sich nur an die Vorfälle, die zur Veränderung an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit (Stichwort: **Jagoda**) geführt haben. Und auch heute noch sagt die veröffentlichte Arbeitslosenzahl nur bedingt etwas über die wahren Verhältnisse aus. Die Arbeitslosenzahl ist definierbar. So zählen seit Beginn des Jahres 2004 die-

jenigen Arbeitslosen, die von der Arbeitsagentur trainiert werden, nicht mehr zu den Arbeitslosen. Würden sie mitgezählt, hätte es zu Beginn des Jahres 331.000 Arbeitslose mehr gegeben. Es gibt viele Möglichkeiten durch definitorische Tricks die Arbeitslosenstatistik zu schönen. So kann man Meldeversäumnisse vermehren, indem man die Vorladungstermine auf Brückentage legt oder die Kategorie der „nicht arbeitslosen Leistungsempfänger“ verstärkt. Weitere Beispiele können nachgeliefert werden (**Rolf Winkel**, SZ v. 21./22. Februar 2004). Wie hoch ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland und in welchem Maße hat sie sich in den letzten Jahren verändert? Das kann anhand der veröffentlichten Statistiken so ohne weiteres nicht festgestellt werden.

Der Täuschungsmöglichkeiten gibt es viele. Und ich wage einmal zu formulieren: Auch durch die Publikation der exakten Zahlen kann man die Menschen in die Irre führen. Eine Forschungsgruppe, die seit der Wende Befragungen in Ostdeutschland durchführt und regelmäßig einen „Sozialreport“ vorstellt, gibt z. B. unter der Überschrift „Im Osten wächst die Armut“ anlässlich der Vorstellung des Sozialreports 1997 eine Presseerklärung heraus, in der sie **Manfred Stolpe** zitiert: „Sei 1990 in der DDR nur jeder Dreiunddreißigste von Armut betroffen gewesen, sei es in diesem Jahr jeder Zwölfte“ (**Manfred Stolpe** nach einer Presseerklärung der Zeitschrift Junge Welt vom 1. 11. 1997). Die Armut ist also gewachsen. Von 3,3 % auf 8 %. Ein gewaltiger Anstieg. Man fragt sich: Kann das sein? Spricht nicht der Augenschein dagegen? – und auch die Zahlen? Die Güterausstattung – Telefon, Auto, höherwertige Konsumgüter, Reiseverhalten – hat Westniveau erreicht. Stimmen die Zahlen? Miss Marple würde sagen: Trotzdem habe ich das Gefühl, dass uns vor lauter Fakten etwas durch die Finger geht. Richtig! Doch **Manfred Stolpe** ist ein ehrenwerter Mann, er sagt die Wahrheit, aber eben doch nicht die ganze. Vor dem Hintergrund einer gebräuchlichen und anerkannten Definition des Begriffes Armut sagt er die Wahrheit. Arm ist danach der, der weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient. In einer Gesellschaft, in der alle das gleiche Einkommen haben, ist nach dieser Definition niemand arm. Keiner hat weniger als das Durchschnittseinkommen, geschweige denn 50 % davon. Danach gibt es aber auch in einer Gesellschaft, in der alle nichts haben, keine Armut, wie vielleicht in der Sahelzone. Und da die DDR eine Gesellschaft war, in der das Gleichheitsziel eine wichtige sozialpolitische Vorgabe war und das Einkommen gleicher verteilt war als heute, gab es nach dieser Definition, eine Definition, die innerhalb der Armutsforschung durchaus ihre (begrenzte) Bedeutung hat, – gab es also nach dieser Definition – vergleichsweise weniger Arme. Das sagt über das Wohlstandsniveau noch wenig aus. Nach der Wende, als die Einkommensverteilung ungleicher wurde, vergrößerte sich die so definierte Armut bei wachsendem Wohlstand. Denn gleichzeitig

hat sich nach allen seriösen Veröffentlichungen das Einkommensniveau, auch das preisbereinigte Netto-Haushaltseinkommen, kräftig erhöht. So stieg das verfügbare monatliche Einkommen nach der Vereinigung von 1991 bis 1997 in Ostdeutschland um 72 % (Westdeutschland: 17 %) und das Äquivalenzeinkommen im gleichen Zeitraum um 81 % (Westdeutschland: 19 %). Die Einkommensrelationen von neuen zu alten Bundesländern unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten haben sich von 69 % im Jahre 1991 auf 86 % im Jahre 1997 erhöht (vgl. zu diesen Zahlen **Krause/Habich** 2000: 319f). Und legt man das westdeutsche Durchschnittseinkommen (Stichwort: Westniveau) als Referenzeinkommen zur Ableitung der Armutsschwelle zugrunde, so hat sich die Armutsquote – in dem oben definierten Sinne einer 50 %-Schwelle – aufgrund der starken Einkommenssteigerung ausgehend von einem hohen Niveau der Armut deutlich verringert: Waren im gesamtdeutschen Kontext (und das scheint mir ein sinnvoller Bezug) im Jahre 1990 – um mit **Manfred Stolpe** zu sprechen – von den ostdeutschen Bürgern 26 % arm, so waren es im Jahre 1997 nur noch 10 % (**Krause/Habich** 2000: 323). *Die Armut der ostdeutschen Bürger hat also im gesamtdeutschen Kontext deutlich abgenommen* – auch ein Indikator für eine gelungene Wiedervereinigung (vgl. hierzu **Sahner** 2004) und, wie ich meine, ein wichtiger: Die Armut in Ostdeutschland hat gegenüber Westdeutschland abgenommen, nicht zugenommen. Frage: Liegt hier bei einer solchen Verwendung der Daten Böswilligkeit oder Ignoranz vor? Die Belege dafür, dass das anders sein muss als es von **Stolpe** suggeriert wird, kommen nicht von mir, sondern diesmal von ganz unverdächtigter Seite, nämlich u.a. von einem Mitarbeiter der **Hans-Böckler**-Stiftung. Als Ergebnis bleibt: Auch mit der Verbreitung von „Wahrheiten“ kann man die Wirklichkeit verschleiern.

Mit der Wahrheitsfindung ist es also nicht so einfach. Aber nicht nur der Wissenschaftler, auch der Nutzer wird nicht aus der Pflicht entlassen zu prüfen. Wie kommen die Daten zustande? Welche, in den Daten liegende Gegeninstanzen gibt es? Leider tragen die Medien – aus Zeitnot, aus dem Zwang zu verkürzen – manchmal zur Vorurteilsbildung bei. Auch haben Befunde eine unterschiedliche Diffusionswahrscheinlichkeit. Als von der oben genannten Forschungsgruppe ihr diesjähriger Sozialreport vorgestellt wurde, gab es nach deren Presseerklärung wenig Positives zu berichten. Lebenszufriedenheit, wirtschaftliche Lage, Zukunftsaussichten, fast alle Kurven zeigten nach unten (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V; Pressematerial v. 27. Februar 2004). Die Zeitungen titelten entsprechend, z. B.: „Stimmung im Osten erreicht Tiefpunkt“ (Mitteldeutsche Zeitung, 28.2.2004). Stimmt! Aber: Die Stimmung, alle Anzeichen deuten darauf hin, war auch im Westen auf dem Tiefpunkt. Davon spricht keiner. Warum nicht? Nicht etwa weil keine Zahlen vorliegen, sondern nach den Zahlen der Wessis niemand geschaut

hat – die interessierten nicht. Was aber bleibt, ist der Eindruck, die Osis sind mal wieder unzufrieden. Auf diese Weise werden Klischees bedient. Ganze Bevölkerungsgruppen werden stigmatisiert. Empirische Sozialforschung dient hier zur Stabilisierung von Vorurteilen (ein Beispiel unter vielen, cf. z. B.: „In Sachsen gibt es 10 % rechtsorientierte Bürger“, die gibt es woanders auch, vielleicht sogar mehr). Irgendwann muss man nicht mehr hinschauen, man weiß eh, was rauskommt. So wird der Jammer-Ossi kreiert. Auch eine Form von self-fulfilling-prophecy. Ich kenne ihn aber weder aus dem Alltag, noch aus den mir vorliegenden Daten.

Weiteres Anschauungsmaterial liefert das jüngste Städte-Ranking, das in der Wirtschaftswoche (15. April 2004) veröffentlicht wurde. Fünfzig Großstädte werden hinsichtlich relevanter Merkmale verglichen. München landet auf dem ersten Platz. Die berücksichtigten sechs ostdeutschen Städte rangieren unter den letzten elf Plätzen. Halle liegt auf dem letzten Platz, die Stadt Leipzig – die so genannte Boom-Town – auf dem vorletzten Platz. Wir haben es ja schon immer gewusst. Entsprechend sind die Meldungen in den Medien; ddp meldet: Halle ist einer Studie zufolge unter den 50 größten Städten in Deutschland die Kommune mit der geringsten Lebensqualität und Wirtschaftskraft. Die Mitteldeutsche Zeitung (15. April 2004) übernimmt eine dpa-Meldung, in der es heißt: „Ganz vorn liegt München als Stadt mit der höchsten Lebensqualität und Wirtschaftskraft in Deutschland.“ Und: „Schlusslicht ist Halle nach Leipzig.“

Solche Rankings haben durchaus auch ihre positive Funktion. Vor solchen Daten darf man nicht die Augen verschließen. Nicht nur die Wissenschaft lebt vom Vergleich. Man bekommt vorgeführt, wo man steht und bekommt die Chance, Defizite abzubauen. Dass die ostdeutschen Städte wirtschaftliche Probleme haben, wird noch einmal augenfällig demonstriert, ist aber vor dem Hintergrund ihrer Geschichte auch nicht verwunderlich. Aber man muss auch hier auf die Daten schauen und die Aussagekraft angemessen einschätzen und sich fragen, ob die Daten überhaupt die gezogenen Einschätzungen zulassen. Schaut man sich die Indikatoren nämlich näher an, dann sind die Indikatoren nicht geeignet, die behauptete Lebensqualität einzuschätzen. Es sind im Wesentlichen wirtschaftliche Indikatoren in den genannten Gesamtindex eingegangen. Bei den lediglich zwei Indikatoren (so weit ich sehe), die geeignet sind, qualitative Aspekte zu beschreiben, liegt einmal Halle vor und ein anderes Mal nach München. Kurz, mit dem erwähnten Gesamtindex kann man nicht die Lebensqualität der Städte beschreiben. Wenn ich nicht irre, wird das in dem Artikel der Wirtschaftswoche auch nicht behauptet, aber es diffundiert das, was man ohnehin schon weiß. Halle ist die Stadt mit der geringsten Lebensqualität: self-fulfilling-prophecy. Das können wir natürlich nicht auf uns sitzen lassen. Ich komme darauf zurück.

Aber vorerst weg von der Prophetie und zurück zur empirischen Sozialforschung. Dass Soziologie und empirische Sozialforschung Biss haben kann – wie ich vorhin behauptet habe –, ist hinlänglich belegt. Eine offene Entwicklung der Gesellschaft ist totalitären Systemen fremd und schon die Aufdeckung dessen, was ist, also schon die Aufdeckung der möglichen Diskrepanz zwischen Anspruch (z. B. zwischen historischen Gesetzmäßigkeiten) und Wirklichkeit, kann nicht erlaubt werden. Es verwundert deshalb nicht, dass die Soziologie gerade in totalitären Gesellschaften verfolgt bzw. unterdrückt worden ist. Sie ist nach ihrem Selbstverständnis auch nicht ohne Leistungskraft, macht sie sich doch anheischig, traditionelle Ziele der Wissenschaft zu realisieren: Erklärung, Prognose und Technologie. Und selbst in der Realisierung ihres bescheidensten Anspruchs, des Nachweises dessen, was ist, löst sie einerseits ideologiekritische Ansprüche ein, wie sie andererseits die Grundlagen für effektive Planung schafft.

Ein Beispiel für Letzteres – in aller Bescheidenheit sei es gesagt – sind die „Bürger-Umfragen Halle“. Das Institut für Soziologie führt in Kooperation mit der Stadt seit 1993 (erst jährlich, dann alle zwei Jahre) in der Stadt Halle so genannte repräsentative schriftliche Erhebungen durch, die durch ihre Anlage und Durchführung eine verlässliche Grundlage für kommunalpolitisches Handeln bilden. Es liegen nunmehr die Daten von sieben Erhebungen vor. Der Zeitraum reicht von 1993 bis 2003 (1993, 1994, 1995, 1997, 1999, 2001 und 2003)⁴. Grundlage ist eine Zufallsauswahl aus der Einwohnermeldekartei der Stadt Halle. Die Grundgesamtheit bildet die hallesche Bevölkerung zwischen 17 und 75 Jahren. Der Auswahlumfang beträgt jeweils ca. 6000 Einwohner.

Derartige Bürgerumfragen ergänzen nicht nur die amtliche Statistik, sondern erfüllen darüber hinaus auch demokratiepolitische Forderungen, nämlich nach Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung. Generell kann man drei Funktionen hervorheben:

1. Bürgerumfragen können über eine Vielzahl relevanter Sachverhalte, z. B. über "Soziales, Gesundheit, Umwelt, Arbeit" verlässliche Auskunft geben und harte Fakten liefern, die normalerweise in amtlichen Statistiken nicht zu finden sind. So haben wir in unseren Bürgerumfragen, die jeweils unterschiedliche Befragungsschwerpunkte hatten, u. a. Daten zu folgenden Themen erhoben: Arbeit, Arbeitslosigkeit, strukturelle Veränderungen beruflicher Tätigkeiten, Einkommensverhältnisse für unterschiedliche Gruppen und Haushaltstypen, Wohnen,

4 Vgl. Fußnote 3

Wohnumfeld, Wohnzufriedenheit und Umzugsbereitschaft bzw. deren Ursachen. Die Nutzung sozialer Dienste der Stadt und deren Bewertung wurden ebenso erhoben wie die empfundenen Defizite bezüglich des Vorhandenseins von Grünanlagen und Sportstätten. Im Mittelpunkt der letzten Erhebung standen Umweltprobleme und die Nutzung kultureller Angebote neben den Standardmerkmalen (wie Arbeit, Wohnen, Einkommensverhältnisse), die immer erhoben werden. Die so erhobenen Daten waren z. B. Entscheidungshilfe bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes, eines Wohnkonzeptes und jüngst einer Einzelhandelskonzeption. Da die Befunde nach Stadtvierteln ausgewiesen werden können, fließen sie auch in Rahmenplanungen für Teilgebiete der Stadt ein.

2. Für einen großen Teil dieser Daten können wir Veränderungsraten seit 1993 dokumentieren.
3. Schließlich liegt repräsentativen Bürgerumfragen ein demokratisches Potential zugrunde. Der repräsentative Querschnitt kennt kein Privileg. Jeder hat nur eine Stimme (*Th. W. Adorno*, 2002: 13). Auch damit ist Bürgerbeteiligung im Sinne einer lokalen Agenda möglich! Ein plebiszitäres Element, das auch bei bundesweiten Umfragen eine Rolle spielt, ist schwer zu leugnen.

Damit liegt für die Stadt Halle ein Datenpool vor, der für ostdeutsche Städte in dieser Kontinuität Seltenheitswert haben dürfte. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik und mit Hilfe prozessproduzierter Daten können die vielfältigen Veränderungen der Stadt dokumentiert und analysiert, aber auch den Herausforderungen begegnet werden, die der Kommune aus dem Schrumpfungsprozess erwachsen, (der typisch ist für ostdeutsche Großstädte).

Die oben aufgeführte Liste der Einsatzmöglichkeiten der Daten kann nahezu beliebig verlängert werden. So ist es z. B. für die Entwicklung eines Leitbildes für die Stadt Halle nicht unerheblich, wie die Einschätzung der Stadt durch ihre Bürger ausfällt, eine Einschätzung, bei der die Universität und die Hochschulen der Stadt besonders gut abschneiden (vgl. Tabelle 1).

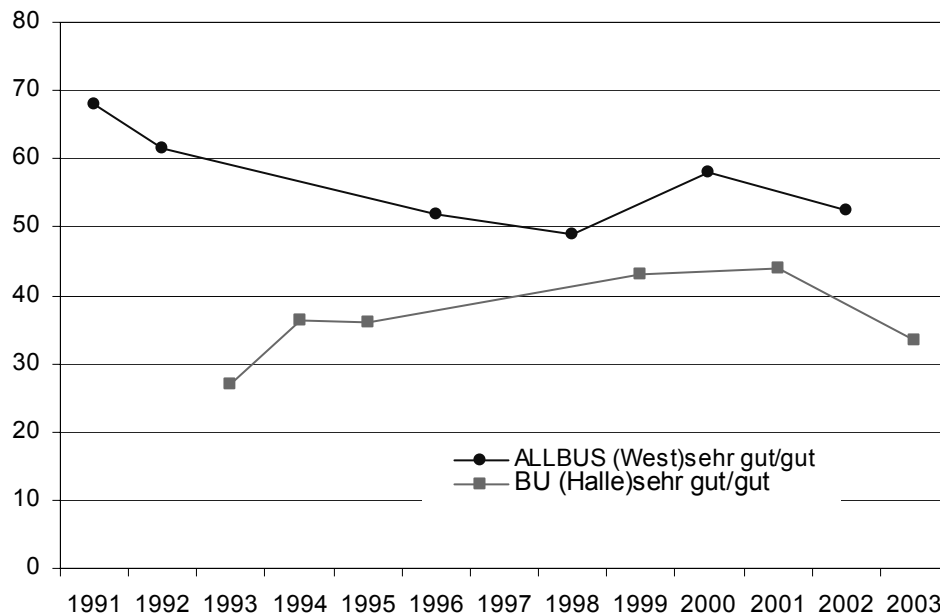
Bei der Analyse der Daten ergeben sich aber auch häufig überraschende Ergebnisse. Allgemein als gültig erachtetes Wissen wird erschüttert. Herrscht denn nicht „Gewissheit“ darüber, dass die Unzufriedenheit der Bürger mit ihrer wirtschaftlichen Situation ständig angestiegen ist? Ein Blick in die Ergebnisse der Bürgerumfragen belehrt uns eines Besseren (vgl. Abbildung 1).

Tabelle 1 *Eigenschaften der Stadt Halle 1993 – 2003*
Jede Stadt hat Eigenschaften, die ihren spezifischen Charakter prägen. Schätzen Sie bitte für Halle ein, inwieweit die folgenden Eigenschaften für die Stadt zutreffen. Geben Sie diese Beurteilung bitte auch ab, wenn Sie nicht in Halle wohnen.
Benutzen Sie dazu bitte eine Skala mit Werten von 1 bis 5.
1 bedeutet "trifft überhaupt nicht zu", 5 bedeutet "trifft sehr zu".

Halle ist ...	trifft eher zu und trifft völlig zu (%)				
	1993	1995	1999	2001	2003
Für Touristen ein interessantes Reiseziel	38,2	45,2	39,4	37,6	42,7
Eine Stadt mit guten Zukunftsaussichten	45,8	49,1	25,8	18,3	20,3
Eine Stadt der Kultur und der Künste	53,0	61,0	65,8	63,2	67,9
Eine bedeutende Hochschul- und Universitätsstadt	72,9	78,0	79,6	81,6	83,6
Ein interessanter Standort für neue Unternehmen	59,8	44,1	26,6	22,4	26,6
Zunehmend eine Stadt mit gesunder Umwelt	21,4	28,0	35,0	36,8	38,0
Eine Stadt mit leistungs- und erfolgsorientierten Menschen	41,2	35,0	22,4	23,1	20,6
Eine Stadt mit freundlichen und aufgeschlossenen Menschen	25,3	25,3	20,0	21,9	22,6
Eine Stadt, in der man sich zu Hause fühlen kann/könnte	46,1	51,8	49,6	47,1	50,3
N(max) / N(min)	1993	3018 / 2834			
		-			
	1995	2617 / 2474			
	1999	2211 / 2094			
	2001	1903 / 1804			
	2003	2911 / 2836			

Quelle: Bürgerumfragen der Stadt Halle (Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

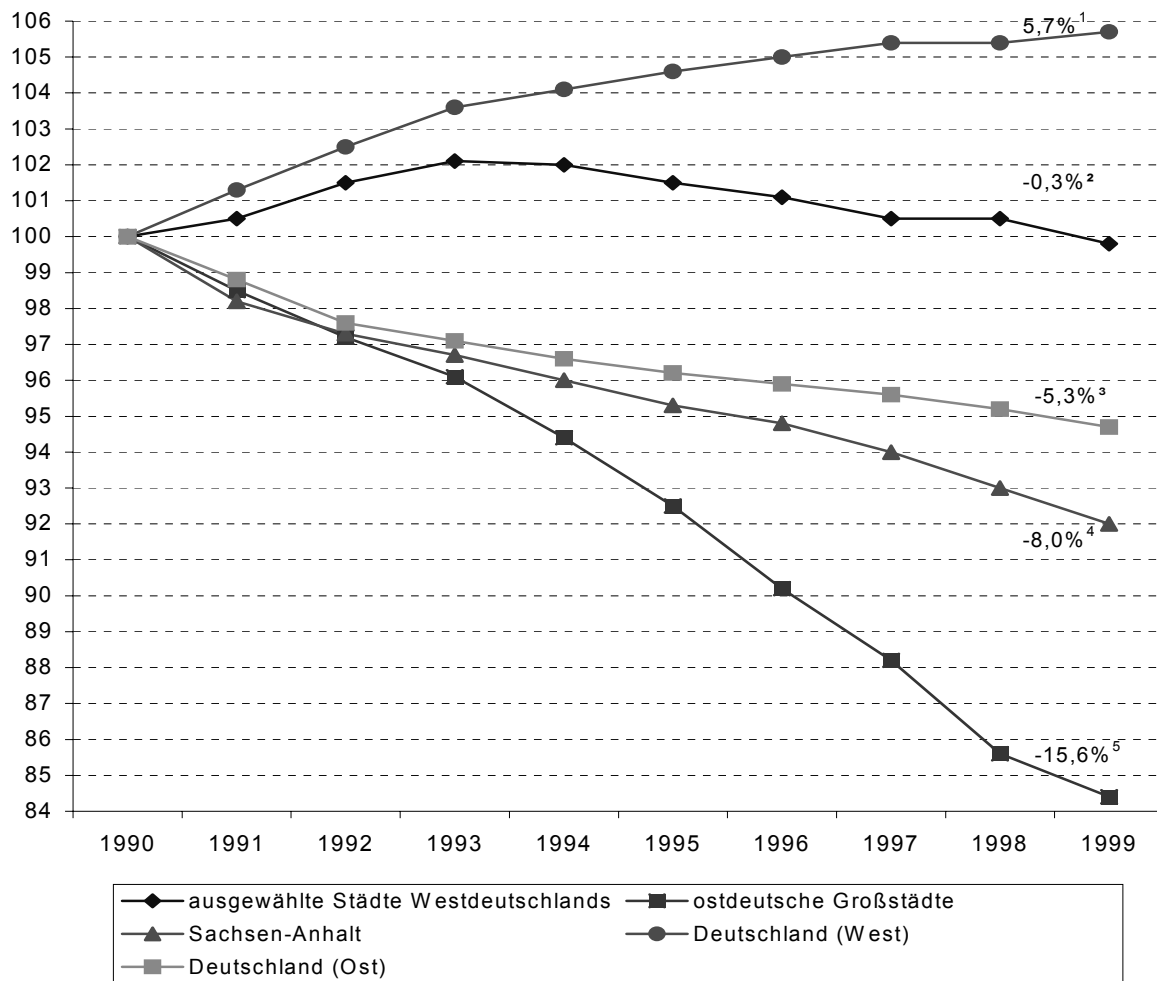
Abbildung 1 Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage 1991 – 2003
(sehr gut/gut)



Quellen: BUHalle: Bürgerumfragen Halle (Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg); ALLBUS: Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften

Angestiegen ist vielmehr über lange Jahre die Zufriedenheit, bis zum jüngsten Einbruch im Jahre 2003. Die Zufriedenheit der Bürger mit der eigenen wirtschaftlichen Lage (sehr zufrieden und zufrieden) ist seit 1993 (27%) bis 2001 (44%) kontinuierlich angestiegen. Jammerrossis kenne ich weder aus dem Alltag, noch aus den mir vorliegenden Daten. Hier dokumentieren sich nicht statistische Artefakte oder Besonderheiten der Bevölkerung der Stadt Halle. Diese Befunde sind mit anderen Erhebungen kompatibel. Empirische Sozialforschung reproduziert eben nicht nur das, was man ohnehin schon weiß.

Überhaupt stecken die Daten voller Überraschungen, sowohl die der Meinungsumfragen wie auch die der Statistiken der Stadt und sie sind geeignet, Aussagen über die Lebensqualität in dieser Stadt zu geben. Vor allem erstaunen die erfreulichen Veränderungsraten, die sich gut für das Dynamik-Ranking in der oben erwähnten Städte-Studie geeignet hätten.

Abbildung 2 Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland 1990 – 1999 (%)

1. Bevölkerungsgewinn Westdeutschland 1999 zu 1990
2. Durchschnittlicher Bevölkerungsverlust der ausgewählten westdeutschen Großstädte im Jahre 1999 bezogen auf 1990
3. Bevölkerungsverlust Ostdeutschland 1999 zu 1990
4. Bevölkerungsverlust von Sachsen-Anhalt 1999 zu 1990
5. Durchschnittlicher Bevölkerungsverlust der ostdeutschen Großstädte im Jahre 1999 bezogen auf 1990; bereinigt um Eingemeindungen; 1999: auf der Basis von zehn Städten

Bevölkerungsstand ausgewählter Städte Westdeutschlands 1999 bezogen auf 1990:

Aachen 101,9	Bochum 99,4	Braunschweig 96,0
Bremen 98,4	Hannover 101,0	Kassel 101,5
Köln 101,3	Mainz 99,6	Mannheim 99,8
München 97,9	Saarbrücken 96,2	Ulm 105,6
		Wiesbaden 104,0

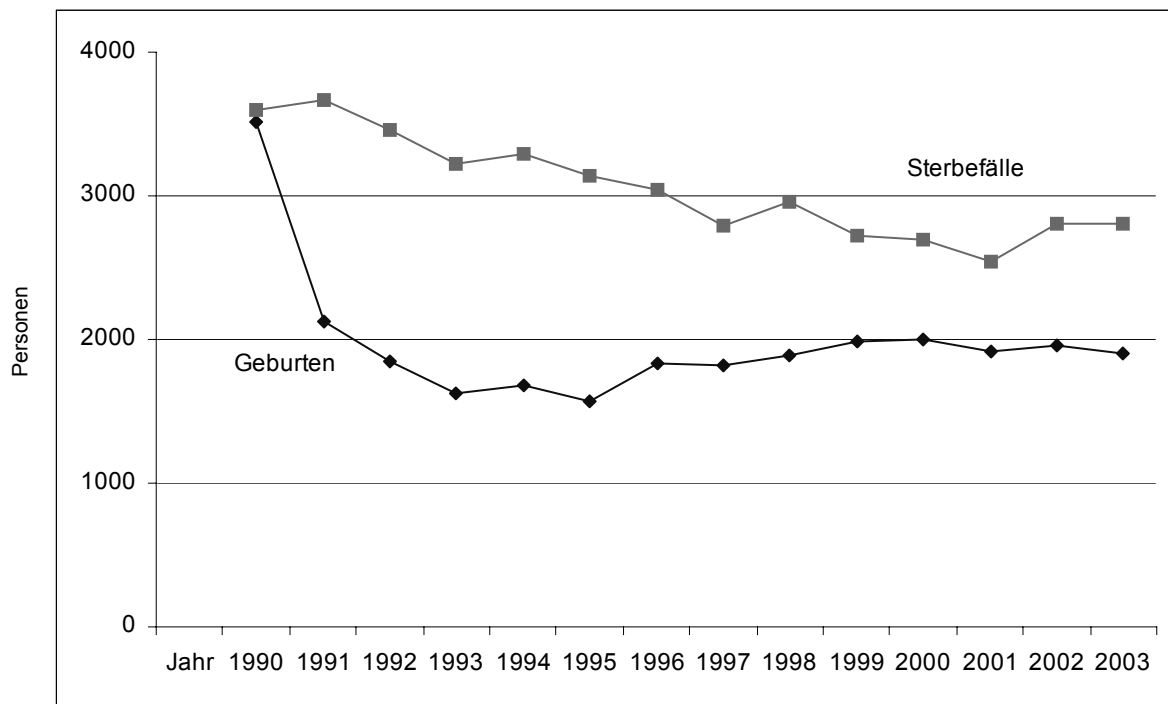
Bevölkerungsstand ostdeutscher Großstädte 1998 bezogen auf 1990:

Chemnitz 81,4	Cottbus 83,6	Dresden 90,5
Erfurt 84,5	Gera 86,8	Halle 83,5
Jena 91,1	Leipzig 84,4	Magdeburg 85,9
Potsdam 91,7	Rostock 82,8	Schwerin 82,3
		Zwickau 83,7

Auf die Fülle der Daten kann ich hier nicht detailliert eingehen. Nur einige Entwicklungen zu folgenden Dimensionen: Wohnzufriedenheit, Umwelt und Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation.

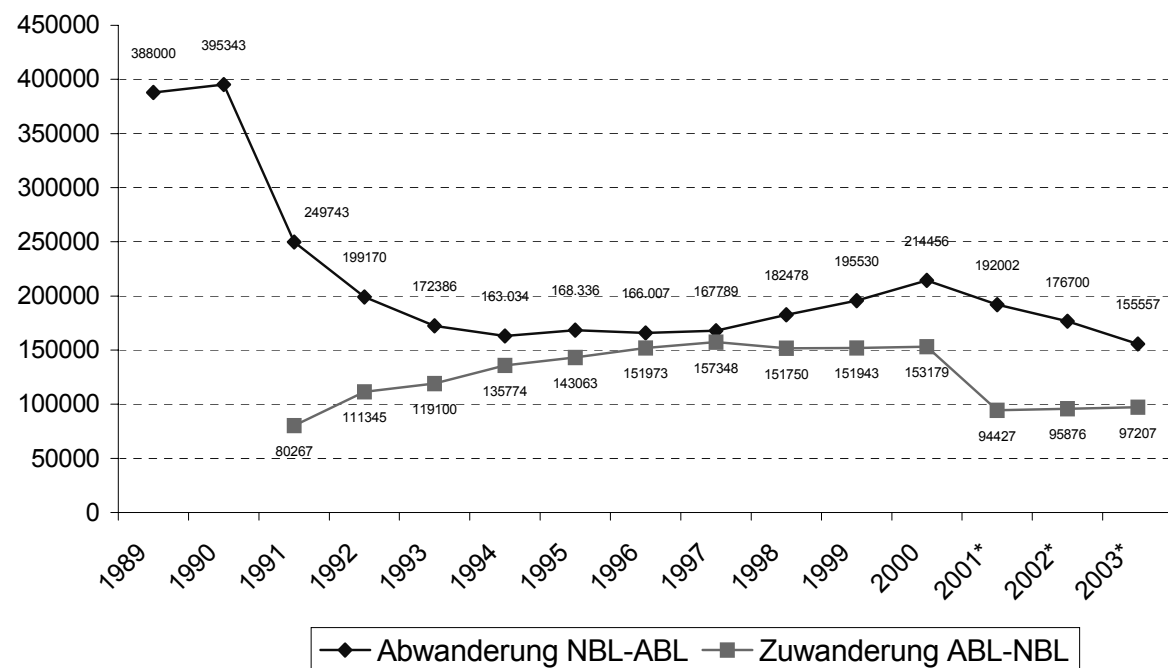
1. Zuerst aber noch einige Anmerkungen zur **Bevölkerungsentwicklung** in Halle. Auch hier muss das, was man zu wissen glaubt, korrigiert werden. Es ist durchaus nicht so, dass Halle aus dem allgemeinen Trend Ostdeutschlands herausfällt. Mir liegen Zahlen bis 1999 vor (Abbildung 2), die den Vorteil haben, dass die Ergebnisse der Eingemeindungen (vorwiegend gab es die in Sachsen) berücksichtigt wurden. Durchschnittlich wurden 15,6% der Einwohner verloren. Halle liegt mit 16,5% leicht über dem Durchschnitt. Leipzig liegt mit 15,5% ziemlich genau auf dem Durchschnitt, hat also im Vergleich zu Halle 0,9%-Punkte weniger Einwohner verloren. Wenig, wenn man bedenkt, wie Leipzig in der allgemeinen Wahrnehmung dasteht. Die Unterschiede liegen offenbar weniger in den Zahlen als im Image (cf. auch die Ergebnisse des Städteranking). Der Bevölkerungsverlust hat zwei Ursachen: Sterbeüberschuss (verursacht durch den starken Rückgang der Geburtenquote, vgl. Abbildung 3) und Wanderungen. Der Faktor Wanderungen ist zu untergliedern in Ost-West-Wanderung und Stadt-Landwanderung. Während die Ost-West-Wanderung in der jüngeren Vergangenheit (ganz allgemein) wieder zugenommen hat (Abbildung 4), konnte zumindest für Halle die Stadt-Landwanderung stark eingedämmt werden (Abbildung 5). Auch die Bevölkerungsentwicklung im Saalkreis ist mittlerweile rückläufig. Halle konnte dagegen im Jahre 2003 erstmals im Vergleich zum Vorjahr einen Bevölkerungsgewinn verzeichnen. Das liegt nicht nur an der Einführung einer Zweitwohnsteuer. Der Bevölkerungsabfluss an den Saalkreis wurde reduziert. Die Möglichkeit auch in Halle zu bauen, hat zu dieser Entwicklung in bescheidener Weise mit beigetragen. Die Stadtteile Dautzsch und Seeben liefern dafür Beispiele (Abbildung 6).

Abbildung 3 Natürliche Bevölkerungsbewegung nach ausgewählten Jahren von 1990 – 2003



Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Halle/Saale; Statistische Quartalsberichte der Stadt Halle

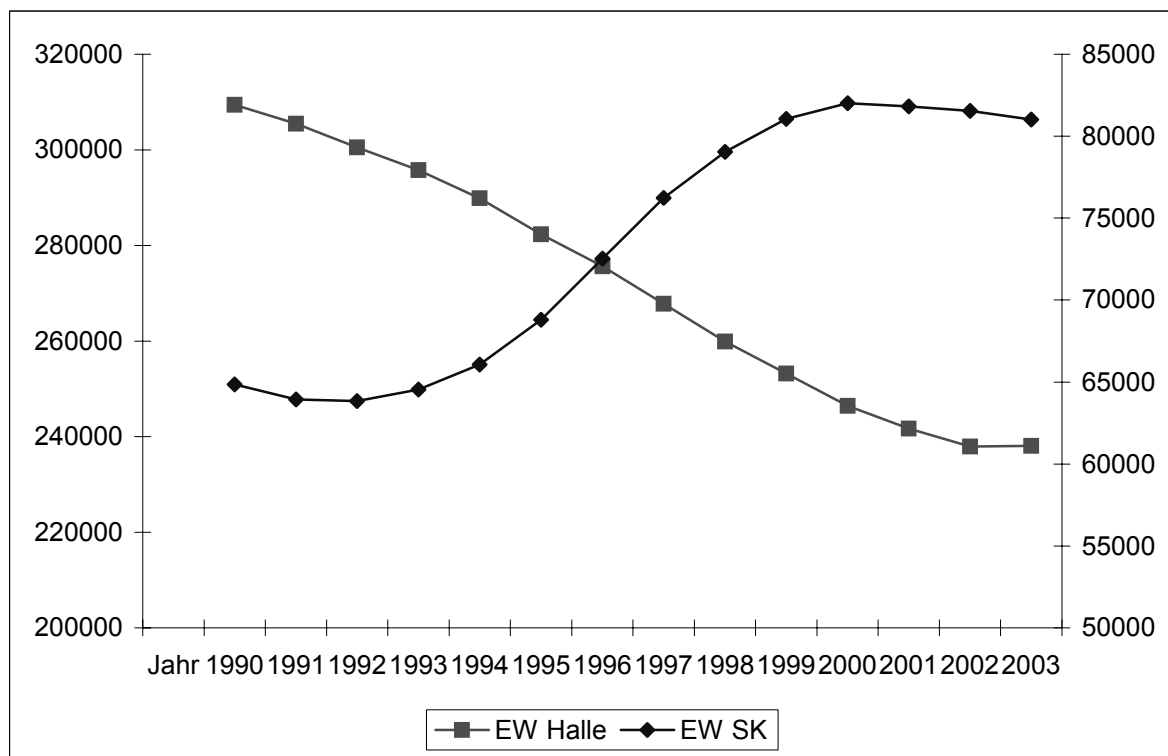
Abbildung 4 Entwicklung der Migration zwischen Ost- und Westdeutschland



* - ab 2001 ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, verschiedene Statistische Jahrbücher

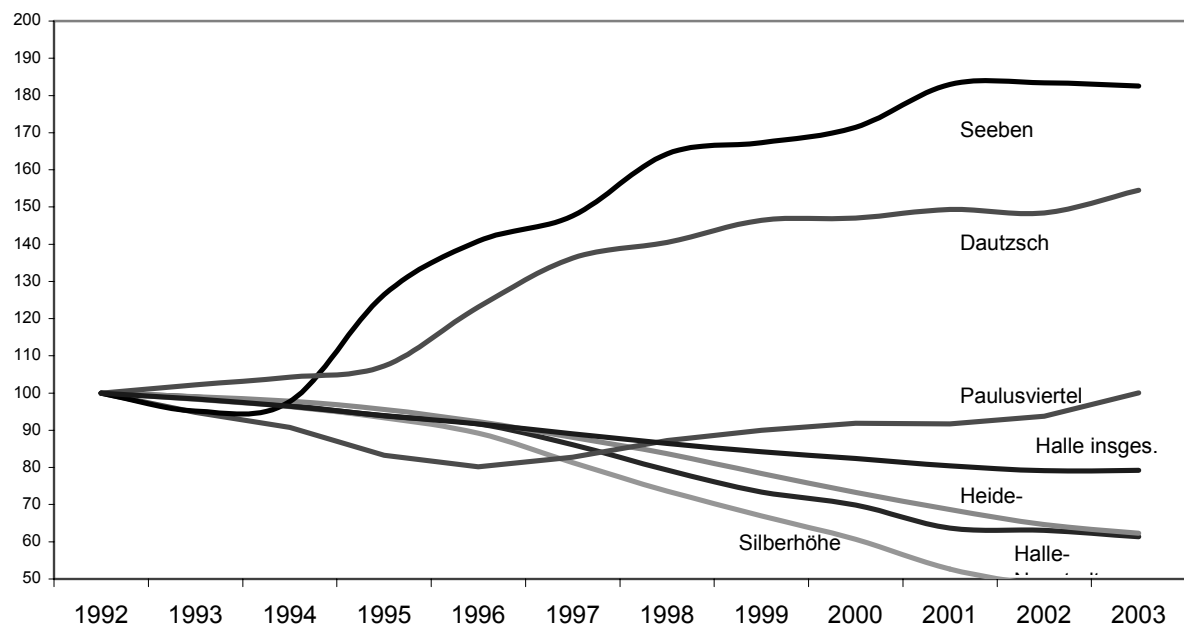
Abbildung 5 Bevölkerungsentwicklung der Stadt Halle/Saale und des Saalkreises von 1990 – 2003



Jahr	EW Halle	EW SK	Zuzüge SK in die Stadt Halle	Wegzüge aus der Stadt Halle in den SK	Differenz
1990	309406	64853			
1991	305451	63941			
1992	300536	63845			
1993	295741	64545	605	1449	-849
1994	289909	66070	697	2325	-1628
1995	282349	68803	769	3600	-2831
1996	275604	72520	1101	4532	-3431
1997	267776	76239	1338	5044	-3706
1998	259925	79053	1610	5037	-3427
1999	253224	81063	1538	4583	-3045
2000	246450	82012	1829	3505	-1676
2001	241710	81812	1703	2532	-829
2002	237951	81548	(30.6.02) 1657	2249	-592
2003	238078	81013	1670	1886	-276
Differenz	-71328	16160			
	-23,05 %	24,92 %	Summe 14560	Summe 336851	-22291

Quelle: Einwohner- und Statistikamt der Stadt Halle; Statistisches Jahrbuch der Stadt Halle/Saale; Statistische Jahrbücher des Landes Sachsen-Anhalt

Abbildung 6 Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Stadtteilen von Halle 1992 – 2003 (in Prozent)



	1992 (30.3.)	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Silberhöhe	37800 100	37161 98,31	36439 96,4	35302 93,39	33730 89,23	30726 81,28	27850 73,68	25306 66,95	22125 58,53	19917 52,69	18235 48,24	17461 46,19
Halle-Neustadt (ohne Gewerbegebiet)	84672 100	83803 98,97	81883 96,71	79454 93,84	77637 91,69	72896 86,09	67188 79,35	62116 73,36	58181 68,71	55579 65,64	53385 63,05	51951 61,36
Heide-Nord (ohne Blumenau)	10999 100	10756 97,79	10574 96,13	10322 93,84	9928 90,26	9345 84,96	8854 80,5	8200 74,55	7607 69,16	7081 64,38		
Heide-Nord/ Blumenau	11651 100	11542 99,06	11362 97,86	11137 95,59	10758 92,34	10262 88,08	9750 83,68	9137 78,42	8539 73,29	8002 68,68	7526 64,59	7254 62,26
Paulusviertel	10375 100	9836 94,8	9418 90,78	8644 83,32	8322 80,21	8586 82,76	9050 87,23	9340 90,02	9464 91,22	9520 91,75	9727 93,75	10385 100,1
Seeben	703 100	669 95,16	687 97,72	889 126,46	990 140,83	1038 147,65	1155 164,3	1176 167,28	1228 174,68	1286 182,93	1289 183,36	1283 182,5
Dautzsch	1150 100	1175 102,17	1199 104,26	1234 107,3	1416 123,13	1567 136,26	1616 140,52	1684 146,43	1711 148,78	1717 149,3	1707 148,43	1777 154,52
Halle insgesamt	300536 100	295741 98,4	289909 96,46	282349 93,94	275604 91,7	267776 89,09	259925 86,48	253224 84,26	246450 82	241710 80,43	237951 79,18	238078 79,22

Quelle: Einwohner- und Statistikamt: Bevölkerung der Stadt Halle (Saale); 1992 bis 2003; Statistische Jahrbücher der Stadt Halle; Statistische Quartalsberichte der Stadt Halle; für Heide-Nord und Blumenau: Angaben vom Einwohner- und Statistikamt Stadt Halle

Tabelle 2 Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Stadtteilen von 1992 – 2003

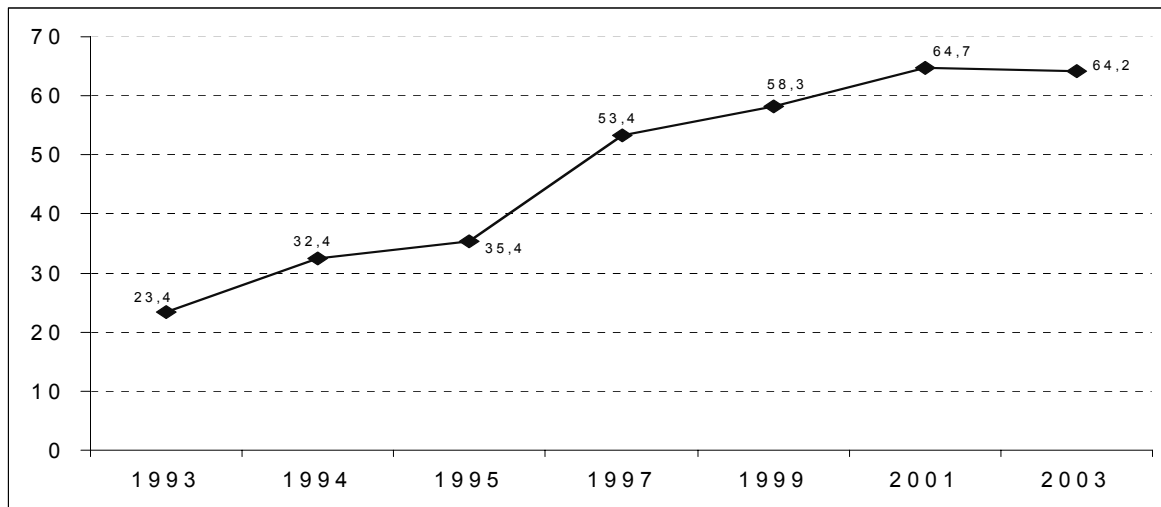
Stadtteil	Bevölkerung 1992	Bevölkerung 1997	Bevölkerung 31.12.03	Verlust/Gewinn von 1997 zu 1992 in %	Verlust/Gewinn vom 31.12.03 zu 1992 in %
Silberhöhe	37800	30726	17461	-18,7	-53,81
Westliche Neustadt	32349	27338	18203	-15,5	-43,75
Südliche Neustadt	26359	22834	17643	-13,4	-33,07
Nördliche Neustadt	25964	22724	16105	-12,5	-37,97
Paulusviertel	10375	8586	10385	-17,2	+10,10
Seeben	703	1038	1283	+47,7	+82,50
Dautzsch	1150	1567	1777	+36,3	+54,52
Altstadt	4518	3907	4587	-13,5	+1,52
Südliche Innenstadt	20399	17644	19210	-13,5	-5,83
Nördliche Innenstadt	13346	10741	13142	-19,5	-1,53
Halle gesamt	300536	267776	238078	-10,9	-20,78

Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Halle, Statistische Quartalsberichte der Stadt Halle

Aber auch innerstädtische Quartiere wurden attraktiver und das erscheint mir als besonders bemerkenswert. Das Paulusviertel und auch die Innenstadt haben heute mehr Einwohner als kurz nach der Wende (Tabelle 2)! Das Gerede, das man auch noch in der Fachliteratur finden kann, dass jede dritte Wohnung leer stehe und dass es einem nicht gelänge, die Innenstadt wieder zu reanimieren, hält einer empirischen Überprüfung nicht stand.

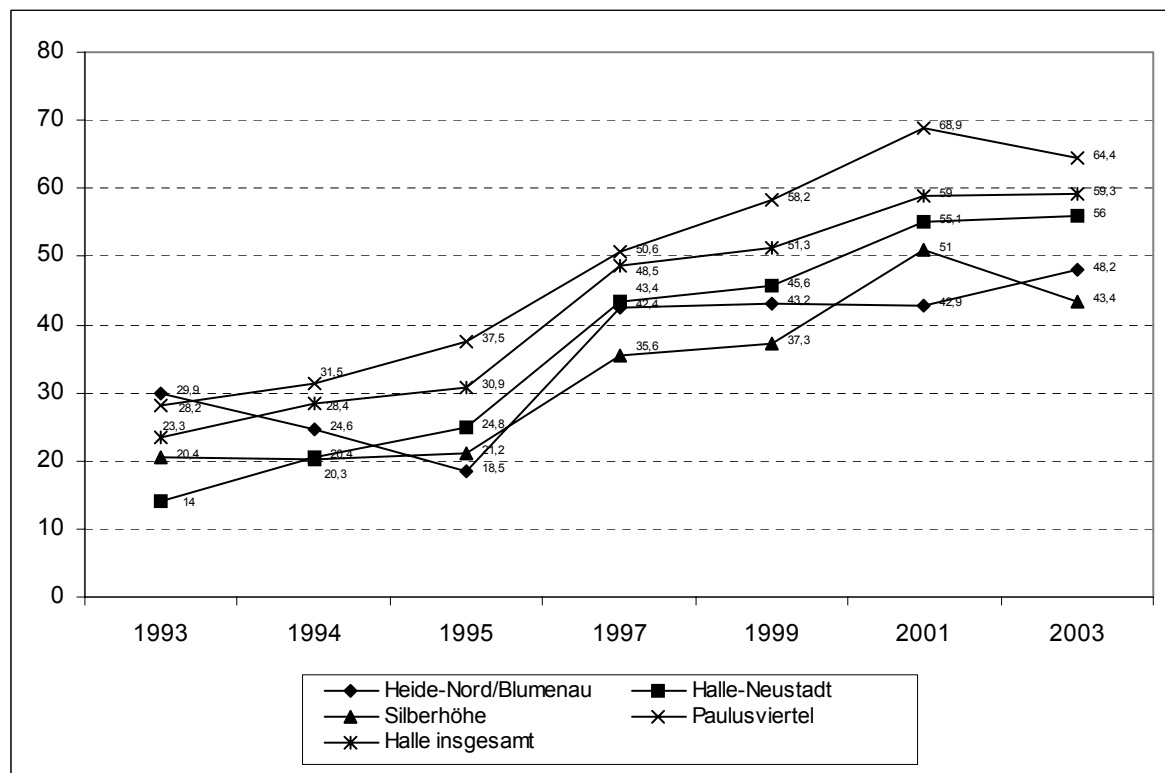
2. **Wohnzufriedenheit:** Über sechzig Prozent der Bürger von Halle sind seit der Wende umgezogen (eine stattliche Zahl!) – und in aller Regel nicht in eine schlechtere Wohnung. Das legt schon die Entwicklung der Wohnzufriedenheit nahe (Abbildung 7: 1993: 23 %; 2003: 64 %). Und auch in Quartieren mit besonders starken Bevölkerungsverlusten (Silberhöhe hat über 50 % der Bürger verloren, siehe Tabelle 2) hat die Wohnzufriedenheit stark zugenommen (1993: 20 %; 2001: 51 %; 2003: 43 %; Abbildung 8).

Abbildung 7 Wohnzufriedenheit in Halle 1993 – 2003
(alle Befragten; sehr zufrieden/zufrieden; Angaben in Prozent)



Quelle: Bürgerumfragen der Stadt Halle (Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

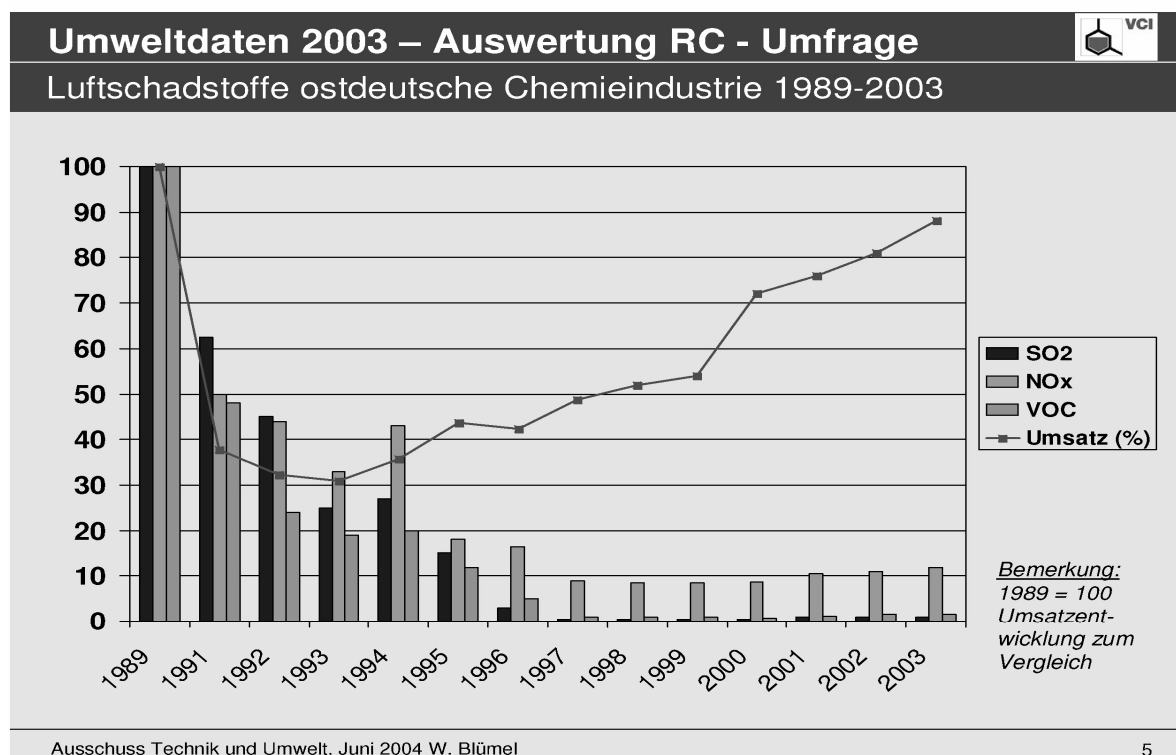
Abbildung 8 Zufriedenheit mit der Wohnung (Mieter) in ausgewählten Stadtteilen und Halle insgesamt (sehr zufrieden/zufrieden; Angaben in Prozent)



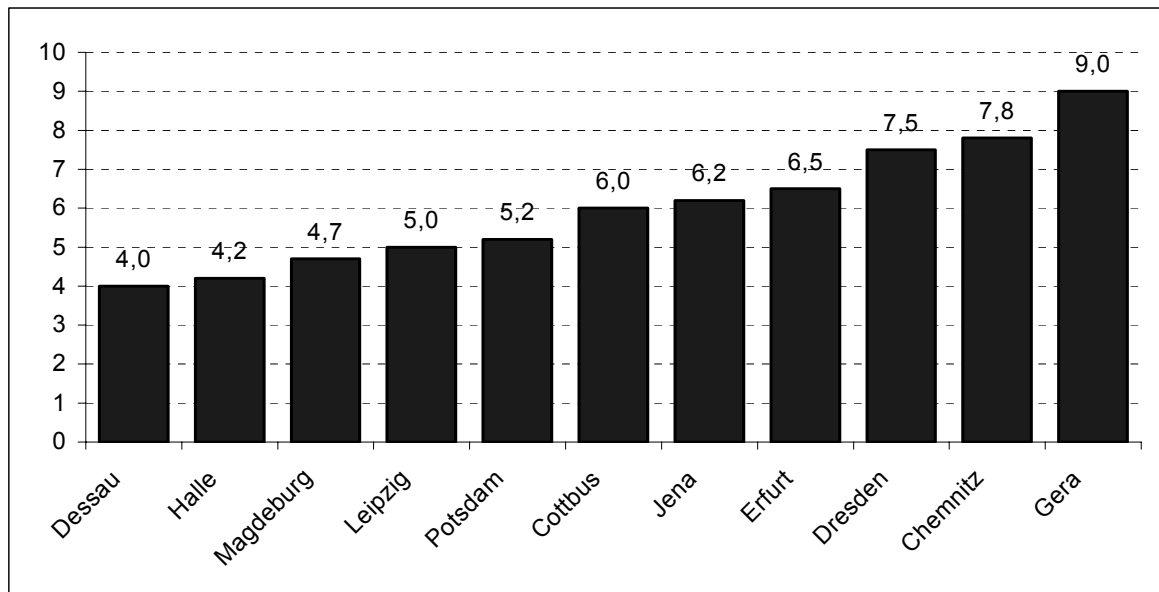
Quelle: Bürgerumfragen der Stadt Halle (Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

3. Die **Umweltsituation**: Die Luftqualität hat sich dramatisch gebessert. Und das nicht nur aufgrund der Tatsache, dass die Produktion eingestellt wurde: Die Produktion steigt wieder und der Schadstoffausstoß sinkt weiter (Abbildung 9). Halle ist nicht mehr das Dreckloch Deutschlands. Das lässt sich den Schadstoffkartierungen der Länder entnehmen. Halle nimmt bei einem Vergleich ostdeutscher Städte die zweitbeste Position ein (Abbildung 10). Das wird zunehmend (wenn auch noch nicht ausreichend) auch von den Bürgern so wahrgenommen und die Umweltverbesserung hat vielfältige Ursachen (vgl. z.B. Abbildung 11).

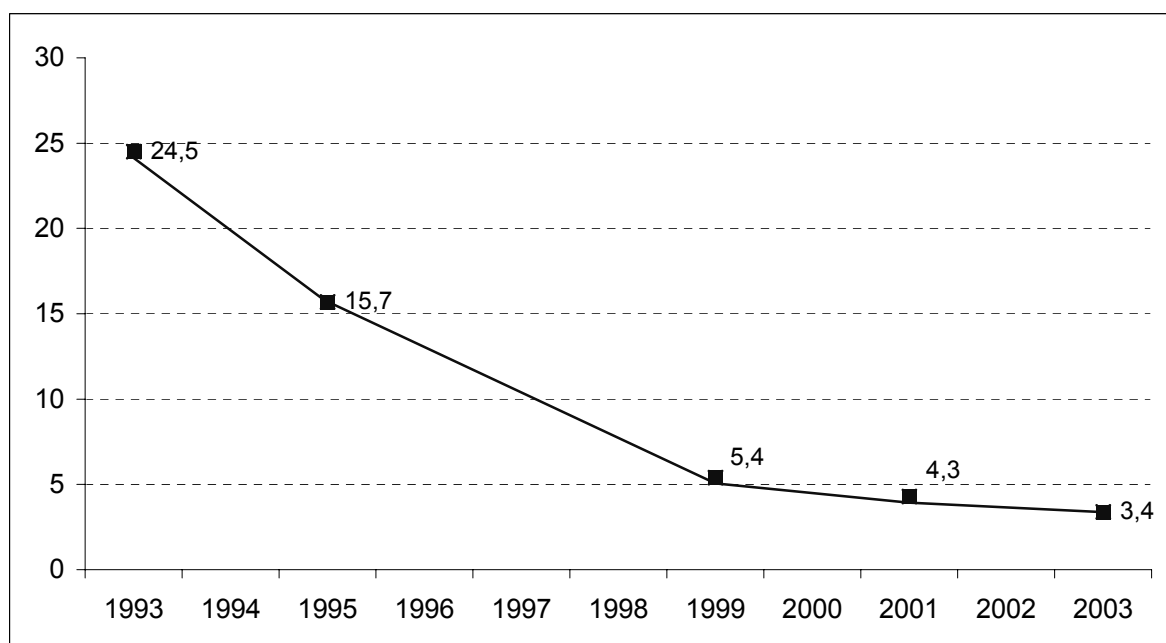
Abbildung 9 Luftschadstoffe, ostdeutsche Chemieindustrie 1989 – 2003



4. Zufriedenheit **mit der wirtschaftlichen Entwicklung**: Es ist durchaus nicht so, dass die Bürger der Stadt von einer stetig sich verschlechternden ökonomischen Situation sprechen. Auf die Frage, wie schätzen Sie die wirtschaftliche Lage des Landes ein, kann man in der Tat eine negative Einschätzung erfahren: ja, die ist schlecht! Und wie schätzen Sie die wirtschaftliche Lage der Stadt ein – *furchtbar*. Und wie schätzen Sie Ihre eigene Lage ein – *ach, mir geht's gut* (**Sahner** 2002: 441). Und diese Einschätzung hat sich von 1993 bis

Abbildung 10 Umweltbelastung in ostdeutschen Großstädten

Reihenfolge ostdeutscher Großstädte nach der Umweltbelastung mit SO₂, NO₂, CO, NO, Schwebstaub, O₃: Jahresmittelwerte 1998 (Durchschnitt der Rangpositionen)

Abbildung 11 Gibt es in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus (Kohle-) Ofenheizung? (in Prozent)

Quelle: Bürgerumfragen der Stadt Halle (Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

2001 sehr positiv entwickelt, bis es zu dem jüngsten deutschlandweit zu beobachtenden Einbruch kam (Abbildung 1). Demgegenüber hat sich diese Selbsteinschätzung der wirtschaftlichen Situation in Westdeutschland fast kontinuierlich negativ entwickelt (Abbildung 1). Da war schon die Stimmung im Jahre 1992 auf einem ersten „Tiefpunkt“ – gefolgt von drei weiteren. Immer wieder hätte man sagen können: Stimmung auf dem „Tiefpunkt“.

Die für Halle insgesamt positiven Veränderungen wären durchaus für ein Dynamik-Ranking, wie es in dem erwähnten Städtevergleich auch versucht worden ist, interessant. Vor allem, wenn man die Veränderung der Lebensqualität messen will. Es sei folgende bescheidene Frage erlaubt. Wie groß ist die Einschätzung der Bürger Münchens bezüglich ihrer Wohnqualität im Vergleich zu Halle – vor allen Dingen, welche Verbesserungen kann man dort in den letzten zehn Jahren beobachten?

Von anderen wichtigen Indikatoren ist dann aber noch gar nicht geredet worden. Z.B. von der Erfahrung und vor allen Dingen von der Bereitschaft der Bürger, Veränderungen zu akzeptieren. Die ostdeutschen Bürger haben seit der Wende diesbezüglich reiche Erfahrungen machen können und die daraus resultierenden Herausforderungen erstaunlich gut bewältigt. Tatsache ist doch, dass die ostdeutschen Bürger über Nacht ihr Koordinatensystem sozialen Handelns verloren haben und aufgrund des Austausches der Institutionen sich abrupt auf ein Neues haben einstellen müssen. Eine bescheidene Prüfung steht nun auch den westdeutschen Bürgern mit der Agenda 2010 und z. B. mit der Neukonzeptionierung des Gesundheitssystems und des Rentensystems bevor. Das tut weh. Frage: Werden sie die Herausforderung in ähnlicher Weise bewältigen? Man muss seine Zweifel haben, wenn man die unendliche Geschichte bedenkt, allein die Ladenschlusszeiten zu ändern. Ein jämmerliches Schauspiel.

Literatur

Adorno, Theodor W., 2002: Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland. In: *Heinz Sahner* (Hrsg.), Fünfzig Jahre nach Weinheim. Empirische Markt- und Sozialforschung gestern, heute, morgen. Weinheim: 13-22 (zuerst 1952)

Albert, Hans, 1968: Traktat über kritische Vernunft. Tübingen

Feyerabend, Paul, 1976: Wider den Methodenzwang: Skizzen einer anarchistischen Erkenntnistheorie. Frankfurt/M.

Habermas, Jürgen, 1964: Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg.: 636-659

Krause, Peter/Habich, Roland, 2000: Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd.69/H.2, S.317-337

Kuhn, Thomas S., 1973: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/M

Lakatos, Imre, 1969: Criticism and the Methodology of Scientific Research Programmes, in: Meeting of the Aristotelian Society, 28th Oct., London: 149-186

Petermann, Sören, 1999: Die Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994, 1995 und 1997. Der Hallesche Graureiher 99-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Petermann, Sören, 2000: Bürgerumfrage Halle 1999. Der Hallesche Graureiher 2000-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Petermann, Sören, 2002: Bürgerumfrage Halle 2001. Der Hallesche Graureiher 2002-02. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Petermann, Sören, 2004: Bürgerumfrage Halle 2003. Der Hallesche Graureiher 2004-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Popper, Karl R., 1973: Logik der Forschung. Fünfte Auflage. Tübingen

Sahner, Heinz, 1978: Empirische Sozialforschung: Ein Instrument zur Bestätigung der Vorurteile des Forschers? Eine Analyse veröffentlichter empirischer Sozialforschung. C. A. U. S. A. 4 (Christian-Albrechts-Universität Soziologische Arbeitsberichte), Kiel

Sahner, Heinz, 1979: Veröffentlichte empirische Sozialforschung: Eine Kumulation von Artefakten? Eine Analyse von Periodika. Zeitschrift für Soziologie 8, S.267-278

Sahner, Heinz, 1982: Zur Selektivität von Herausgebern: Eine Input-Output-Analyse der „Zeitschrift für Soziologie“. Zeitschrift für Soziologie 11, S.82-98

Sahner, Heinz, 1982: Theorie und Forschung: Zur paradigmatischen Struktur der westdeutschen Soziologie und zu ihrem Einfluss auf die Forschung. Opladen

Sahner, Heinz, 1994: Gestern Legitimationsinstrument, heute Politikersatz? Empirische Sozialforschung und politisches System. Berliner Journal für Soziologie, Heft 1, S. 77-88

Sahner, Heinz, 2002: Über Diskrepanzen. Unterschiede zwischen dem was ist, und dem, was darüber berichtet wird. In: **Michael Klein** (Hrsg.), Sachsen-Anhalt. Land der Mitte – Land im Aufbau. Die Entstehung eines neuen Bundeslandes in Erlebnisberichten. Bad Honnef: S. 433-450; zuerst erschienen in: Der Hallesche Graureiher 2000-3, Forschungsberichte des Instituts für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 2004: Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse: Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Das Land Sachsen-Anhalt im Vergleich. In: **Michael Kilian** (Hrsg.), Verfassungshandbuch Sachsen-Anhalt. Baden-Baden, S. 613-642; zuerst erschienen in: Der Hallesche Graureiher 2002-5; Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1999: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Amtliche Statistik. Ein konstitutives Element des demokratischen Staates. Wiesbaden

Weber, Max, 2002: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: **Max Weber**, Schriften 1894-1922. Ausgewählt und herausgegeben von **Dirk Kaesler**. Stuttgart: 77-149 (zuerst 1904)

Winkel, Rolf, 2004: Vermitteln oder Vergraulen. „Bestandssenkung“ in Deutschlands Arbeitsämtern: „Wie soll man da nicht zynisch werden?“ Süddeutsche Zeitung 21./22. 2. 2004

Wirtschaftswoche vom 15. April 2004

Wittgenstein, Ludwig, 1922: Tractatus logico-philosophicus. New York